

St. Wendel im „langen 19. Jahrhundert“

von Bernhard W. Planz

1. Einführung
2. Die Auswirkungen der Französischen Revolution im Schaumberg-Gebiet (1789 – 1794)
3. Die Auswirkungen der Französischen Revolution in St. Wendel (1789 – 1799)
4. Die Napoleonische Zeit (1799 – 1814)
5. Die oldenburgische und coburgische Zeit (1816 – 1937 / 1834)
6. Der Übergang von St. Wendel an Preußen
7. Die Revolution von 1848 / 49
 - Zur Revolution von 1848 / 49 allgemein
 - Die Revolution von 1848 / 49 in St. Wendel
8. Die innere Entwicklung in der Stadt St. Wendel
9. Fazit

1. Einführung

Der heutige Vortrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich mit dem in der Historiographie so genannten „langen 19. Jahrhundert“ – das man entweder 1814 / 15 oder schon 1789 beginnen lässt und das bis 1914 / 18 reicht. Es ist ein Jahrhundert, das in mehrerlei Hinsicht revolutionäre Veränderungen gebracht hat, ohne die unsere heutige Welt nicht vorstellbar ist, im Positiven wie im Negativen. Dazu an anderer Stelle mehr. Da ich bei meinem Vortrag vor vier Wochen mit dem Aufklärungszeitalter gleichsam am Vorabend der Französischen Revolution stehen geblieben bin, soll die Französische Revolution den Einstieg meines Vortrags bilden.

2. Die Auswirkungen der Französischen Revolution im Schaumburg-Gebiet (1789 – 1794)

1789 gehörten im Bereich des heutigen Landkreises St. Wendel (in Überschneidung mit dem Landkreis Merzig-Wadern) nur noch die vier kleinen Ortschaften Kastel, Kostenbach Buweiler und Rathen zum Königreich Frankreich. Sie beteiligten sich dementsprechend an den Wahlen zur Ständeversammlung in Versailles – und hinterließen eines der interessantesten „cahiers de doléances“ aus dem Saarraum.

Der Kern des Amtes Schaumburg mit Tholey als Hauptort war dagegen, wie das letzte Mal erwähnt, 1787 im Tausch an das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken abgetreten worden. Dieser Tausch aber wurde vom französischen Nationalkonvent 1793 für null und nichtig erklärt, da – so der Sprecher des diplomatischen Ausschusses, Lazare Carnot – der Tausch gegen die Menschenrechte verstoßen habe. Der Abgeordnete Anacharsis Cloots formulierte es folgendermaßen: „Weil die Einwohner von Schaumburg Franzosen waren und dies nur durch einen Willkürakt unterbrochen wurde und weil sie ihren Willen bekundet haben, in den Schoß der französischen Nation zu-

rückzukehren, erklärt der Nationalkonvent, dass er ihren Willen bejaht und dass infolgedessen das vorherige Amt Schaumburg Teil der französischen Republik wird.“ Am 14. 2. 1793 fasste der Nationalkonvent den entsprechenden Beschluss, er wurde am 21. Februar durch General Ligneville in Tholey proklamiert, am 16. März erfolgte die förmliche Eingliederung. Der Schaumberg-Raum wurde dabei dem eben erst geschaffenen Mosel-Département mit Hauptstadt Metz zugeordnet.

Zu diesem Zeitpunkt, Frühjahr 1793, war die Tholeyer Klostergemeinschaft offenbar bereits aufgelöst (die näheren Angaben divergieren in der Literatur). Einzelne Mönche scheinen sich schon zuvor der Revolutions- und Réunionsbewegung angeschlossen zu haben, andere versteckten sich offenbar in der näheren Umgebung und wirkten – wie im übrigen Frankreich so häufig – als „prêtres réfractaires“, eidverweigernde Priester, andere wiederum flüchteten über den Rhein (wie es auch der Kommendatarabt Salabert tat, der zusammen mit dem Zweibrücker Hof nach München ins Exil ging). Schon vor der Ankunft der Revolutionstruppen im Spätherbst 1792 scheint es zu ersten Plünderungen durch die Bevölke-

rung gekommen zu sein, jedenfalls gingen in diesen Monaten das Archiv und die allermeisten Akten in Flammen auf. Die Bauern wollten so jeglichen Nachweis über Abhängigkeiten, Abgaben, Fronen, Schulden für immer beseitigen. Die wenigen erhalten gebliebenen Bücher und Manuskripte wurden an unterschiedlichste Orte zerstreut, die Klostergebäude wurden als Nationaleigentum verkauft, zum größeren Teil als Steinbruch benutzt, die Klosterkirche ging 1806 in den Besitz der Pfarrei Tholey über, nachdem die baufällig gewordene Johanneskirche, nur 100 m entfernt, abgebrochen worden war. Zum Inventar der Klosterkirche gibt es fragliche Hinweise: Angeblich sollen Säulen des Hochaltars in die St. Wendeler Pfarrkirche gelangt sein und dort als Stützen des gewaltigen Baldachinaltars gedient haben, der Altar selbst und die Kanzel gelangten nach Alsweiler bzw. Michelau in Luxemburg.

3. Die Auswirkungen der Französischen Revolution in St. Wendel (1789 – 1799)

Spielten hinsichtlich des Schaumberggebietes alte Bindungen nach Lothringen und Frankreich eine besondere Rolle und bestand auch, wenn ich es so nennen darf, aus einer über hun-

dertjährigen Tradition eine Art revolutionäres Bewusstsein, so finden wir in der Stadt St. Wendel eine Reaktion auf die Ereignisse in Frankreich zum ersten Mal in einem ziemlich unpolitischen Zusammenhang. Im August 1789 zitierte das Hochgericht mehrere junge Männer vor seine Schranken. Sie hatten sich geweigert, die Sperrstunde einzuhalten und dabei mit dem „Pariser Recht“ gedroht. Wahrscheinlich dachten sie dabei an den spektakulären Bastillesturm vom 14. Juli. Auch als im September 1789 das Grabkreuz eines ehemaligen Hofrates und Amtmannes aus der Familie von Hame (die in St. Wendel wenig beliebt war) „in Stücke [...] zerschlagen“ wurde, waren wohl die Geschehnisse in Frankreich mitauslösend. Bezeichnenderweise wollte der Rat entsprechenden Deutungen entgegenreten. Dass – durchaus vergleichbar mit Tholey - die Ereignisse in Frankreich auch in St. Wendel alte Konflikte aufleben ließen, belegen – im gleichen Monat, September 1789 – zwei Vorgänge: Bauern weigerten sich den Lämmerzehnten abzuliefern und Stadtpfarrer Dr. Bender sollte verpflichtet werden, Hirtenlohn zu zahlen. Zur gleichen Zeit kam es auch zu einer 49 Punkte umfassenden Petition der Bürgerschaft an den Landesherrn. Missstände und Verwaltungs-

mängel, insbesondere die Ämterhäufung von Amtmann Gatterman wurden beanstandet. Des Weiteren wurden Nutzungsrechte verteidigt, Abgaben wie Gartenzehnt, Glockenhafer und Kleinzehnt kritisiert, die Freiheit vom Milizenzug und die Wiedermalassung der Prozessionen und Wallfahrten gefordert. Ein Petitionskatalog, der allerdings noch weit entfernt war vom universalen Freiheitsbegriff der Französischen Revolution. Es ging um die Wiederherstellung oder Absicherung von Sonderrechten, und zwar durchaus im Sinne der städtischen Oberschicht. Dementsprechend begnügte man sich auch in den folgenden drei Jahren mit kleineren Zugeständnissen, die die kurfürstliche Regierung zu machen bereit war.

Mit banger Geföhlen, ja teilweise in Panik erwartete die Bürgerschaft im Spätherbst 1792 das Einrücken der Revolutionsarmee. Die kirchlichen Gerätschaften, die Hochgerichtsakten, private Wertgegenstände brachte man in Sicherheit. Nachdem am 17. 11. 1792 General Ligneville von Homburg aus die St. Wendeler Bürgerschaft zu beruhigen versucht hatte, rückten zwei Tage später, am Elisabethentag, die ersten französischen Soldaten ein. Ein Freiheitsbaum wurde errichtet – und

gleichzeitig musste zum ersten Mal Furage in großem Umfang geliefert werden.

Diese erste Besetzung war ein Vorspiel für das, was sich in den kommenden Jahren abspielen sollte: auf der einen Seite Freiheitsversprechungen, auf der andern Seite – zumal seit dem Übergang von einem Befreiungs- zu einem Eroberungskrieg im Laufe des Jahres 1793 – Furagelieferungen, Einquartierungen, Requisitionen und Plünderungen, wobei sich Österreicher und Preußen kaum besser verhielten als die Revolutionstruppen. Von Requisitionen besonders betroffen war die ländliche Bevölkerung, die u. U. ihr gesamtes Vieh, ihre Heuvorräte und ihr Saatgut verlor. Das wiederum verschärfte manche, ohnehin in den Dörfern vorhandenen sozialen Spannungen. Aber auch das alte feudale System wurde nun verstärkt in Frage gestellt. So wehrten sich im Sommer 1794 die Furschweiler (und wenig später die Gehweiler Bauern) gegen die Zehntablieferung an Kartoffeln. Das Hochgericht, das sich damit zu befassen hatte, war bereits derart verunsichert, dass es die kurtrierische Landesregierung um Rat fragte. Auch zu Plünderungen in den kurfürstlichen und kircheneigenen Wäldern kam es. Solchem Aufbegehren suchte der Rat mit

einer gewissen Demokratisierung der Stadtverwaltung entgegenzutreten, wodurch die Masse der Bürgerschaft und die Amtsdörfer beratend zu den Entscheidungen des Rates hinzugezogen wurden.

Nach außen lavierte die Stadt, schlug sich weder eindeutig auf die eine, noch auf die andere Seite, um auf diese Weise Repressalien zu entgegen. Immer wieder bemühte man sich durch Verhandlungen mit den jeweiligen in und um St. Wendel befindlichen Truppenverbänden die Requirierungs- und Besatzungsbedingungen für Stadt und Stadtbevölkerung abzumildern.

Es gab allerdings auch Kriegsgewinnler. Zu ihnen zählten einige Kaufleute und Assignatenhändler.

Seit 1794 / 95 wurde der Wille Frankreichs zur Anbindung bzw. Angliederung der rheinischen Territorien immer deutlicher. Sicher gab es in St. Wendel von Anfang an Befürworter dieser politischen Entwicklung. Schon 1793 schloss sich eine Gruppe junger Männer, unter ihnen der Sohn eines Hochgerichtsschöffen und der spätere napoleonische General Huber, den Revolutionstruppen an. Auf breitere Unterstützung konnte der republikanische Gedanke und der Gedanke eines An-

schlusses in der Bürgerschaft aber erst stoßen, als das Direktorium die Revolution erneut in bürgerliche Bahnen lenkte und 1797 mit den Kriegskontributionen ein Ende machte. St. Wendel entwickelte sich seitdem zu *dem* Zentrum der republikanischen Bewegung im Bereich des heutigen Saarlandes (wenn wir von der „Revolutionsmetropole“ Saarlouis absehen). Mit an der Spitze standen zwei Geistliche: Stadtpfarrer Castello und Kaplan Weismüller. Auch andere Geistliche waren offenbar für die neue Entwicklung aufgeschlossen. So sprechen die Altaristen Jost und Vogt in einer Verhandlung des Hochgerichts vom 4. 3. 1797 pathetisch vom „Großmut der Nation“, der die Stadt in die Lage versetzt habe, „für ihre Geistlichen und Kirchendiener nichts bezahlen zu müssen.“ Wichtigstes Organ der republikanischen Bewegung war der etwa 8 bis 11 Mitglieder umfassende „Club der Volksfreunde“, in dem die führenden bürgerlichen Familien der Stadt, die Cettos, Lions, Riottes, Demuths, Zangerles, vertreten waren. Ziel der „Volksfreunde“ war es, die Idee der Republik (und des Anschlusses an die französische Republik) einem möglichst breiten Bevölkerungskreis nahe zu bringen – obwohl oder gerade weil man sich selbst elitär von der Masse

abhob. Dazu entwickelte der Club während seines kurzen Bestehens – er wurde wie alle vergleichbaren Clubs durch die Départementverwaltung auf eine informelle Ebene zurückgestuft – vielfältige Aktivitäten. Seine Mitglieder standen an der Spitze derjenigen, die sich in einer sog. Réunionsadresse für den Anschluss an die Französische Republik aussprachen, eine Adresse, die in St. Wendel – im Vergleich zu anderen saarländischen Städten und Dörfern - eine besonders hohe Zustimmungsrates verzeichnen konnte. Aus seinen Reihen, und damit aus der besitzbürgerlichen Schicht der Stadt, rekrutierte sich in der Folge auch die Spitze von Verwaltung und Justiz: Peter Lion war „agent municipal“ (d. h. Maire) bis 1801, Carl Cetto „maire“ seit 1803, sein älterer Bruder Philipp wurde Kantonspräsident und sogar Präsident des Départementrats. Nikolaus Riotte Vorsitzender des Friedensgerichts.

Höhepunkt der Aktivitäten der „Volksfreunde“ war die Errichtung eines Freiheitsbaumes und eine damit verbundene Feier am 18. und 19. März 1798. Der gerade erst 24jährige Carl Cetto hielt die Festrede. In keinem zweiten Dokument werden der Abschied von der alten Ordnung, von der Herrschaft des Kurfürsten und seiner Beamten, von feudalen und ständi-

schen Zwängen und die Hoffnungen, die sich mit der neuen Zeit verbanden, so eindringlich (und so voller Pathos) formuliert wie hier: „(L)aut schalle unser Dank zum Himmel, daß die fränkische Nation unsere Fesseln brach, unsere Leiden endigte; einer gründlichen, segensreichen Zukunft sehen wir entgegen.“

4. Die Napoleonische Zeit (1799 – 1814)

Seit 1798 bzw. 1801 (den erwähnten Daten für die Angliederung an Frankreich) waren auch in St. Wendel die grundlegenden Neuerungen der Französischen Revolution in Geltung (die zum Großteil 1804 im Code Civil oder Code Napoléon zusammengefasst wurden): die persönliche Freiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freiheit in Glaubensfragen, die Gewerbefreiheit und freie Berufswahl (was u. a. die Abschaffung des Zunftzwanges beinhaltete), die Freizügigkeit hinsichtlich des Wohnortes (so musste 1806 durch Präfekturbeschluss auch St. Wendel den freien Zuzug in die Stadt gewähren), die Einrichtung von Standesämtern. St. Wendel gehörte einem Staatsverband an, der vom Atlantik und vom Mittelmeer bis zum Rhein keine Zollgrenzen kannte, der über ein einheitli-

ches Münz-, Maß- und Gewichtssystem verfügte und der eine systematische Wirtschaftsförderung betrieb, nicht zuletzt indirekt mit Hilfe der Kontinentalsperre. Presse- und Meinungsfreiheit existierten im Napoleonischen Frankreich allerdings nicht, Gleiches gilt für eine politische Mitbestimmung auf nationaler Ebene.

Die verwaltungsmäßige Zuordnung der Stadt war folgende: St. Wendel gehörte zum Saardépartement, Arrondissement Saarbrücken, Kanton St. Wendel. Der Maire, seit 1803 Carl bzw. Charles Cetto, war vom Präfekten ernannt, wurde in seiner Arbeit von einem – ebenfalls durch den Präfekten ernannten - „adjoint“ unterstützt; der siebenköpfige Munizipalrat – dessen Mitglieder vom Präfekten auf Vorschlag des Maire für jeweils drei Jahre benannt wurden - hatte nur beratende Funktion. Wie überall in Frankreich stützte sich auch in St. Wendel die Napoleonische Herrschaft auf die Schicht der sog. Notabeln, d. h. des besitzenden Bürgertums. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die schöffenbaren Familien der kurfürstlichen Zeit auch die politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich bestimmenden Familien der neuen Zeit waren. Das Kleinbürgertum, häufig verarmt, aber politisch noch pas-

siv, blieb ohne Stimme in der Öffentlichkeit. Umso erfolgreicher etwa die Familie Cetto, die durch Aufkauf der ehemaligen Kirchengüter, der sog. Nationalgüter, zu den vermögendsten Familien des Saardepartements aufstieg.

Hinsichtlich Stadtentwicklung und Stadtbild waren für die neue Zeit kennzeichnend die weitgehende Niederlegung der alten Stadtmauer (sofern sie noch vorhanden war) und die allmähliche Ausdehnung des Siedlungsbereichs. Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang der Bau der Bliesbrücke in der heutigen Bahnhofstraße. Der neuen Zeit entsprachen auch der Ausbau der Elementarschule und der Einsatz seminaristisch ausgebildeter Lehrer.

Zumindest bis zum Russlandfeldzug wurde Napoleon – dem man das Verdienst zusprach, die Wirren der Revolution beendet und Stabilität in die inneren Verhältnisse Frankreichs gebracht zu haben - offenbar auch in St. Wendel eine große Hochschätzung entgegengebracht. Davon zeugen die beiden Plebiszite von 1802 und 1804, in denen sich Napoleon als Konsul auf Lebenszeit bzw. als Kaiser der Franzosen bestätigen ließ. In St. Wendel gab es beidemal, wie in vielen französischen Gemeinden, keine Gegenstimme. Davon zeugen die

jährlichen Feierlichkeiten am 15. August, dem Geburtstag Napoleons, oder die – durchaus außergewöhnliche - Ernennung Carl Cettos zum Chevalier der „L`égion d`honneur“. Und zahlreiche St. Wendeler „pilgerten“ offenbar zur Kaiserstraße, wenn eine Reise Napoleons von Mainz nach Paris oder umgekehrt angekündigt war. Von der Napoleonverehrung zeugt nicht zuletzt der Stolz seiner ehemaligen Soldaten – noch Jahrzehnte später. Max Müller berichtet, dass man sich noch weit in der preußischen Zeit am 15. August mit vorangetragener Trikolore in der Kirche einfand um den Geburtstag des Kaisers zu begehen und man sich auch mit der Trikolore über dem Sarg beerdigen ließ.

Allerdings, auch das gab es: Seit 1812 / 13 mehrte sich, wie in ganz Frankreich, der Widerstand gegen die Rekrutenaushebung.

5. Die oldenburgische und coburgische Zeit (1816 – 1937 / 1834)

Durch den 1. und 2. Pariser Frieden 1814 und 1815 bzw. den Wiener Kongress verlor Frankreich seine rheinischen Territorien und es wurde die heutige deutsch-französische Grenze

gezogen. Hauptprofiteure der territorialen Neuverteilung waren das Königreich Preußen mit dem Rheinland von der niederländischen bis zur französischen Grenze und das Königreich Bayern mit der Pfalz. Allerdings musste Preußen nach Artikel 49 der Kongressakte kleinere Teile seiner Neuerwerbung (u. a.) für das Herzogtum bzw. Großherzogtum Oldenburg und das Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld vorhalten. Im Bereich des jetzigen Kreisgebietes sah die territoriale Neuordnung folgendermaßen aus: Das mittlere Ostertal gehörte mit dem Landkommissariat Kusel zum Königreich Bayern, der Raum Tholey mit dem Landkreis Ottweiler zum Königreich Preußen, der Raum Nohfelden als Amt Nohfelden zum Fürstentum Birkenfeld, das wiederum Teil des Herzogtums bzw. Großherzogtums Oldenburg war, und schließlich der Kern des heutigen Landkreises als Teil des Fürstentums Lichtenberg, das zum Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld gehörte.

Zur oldenburgischen Geschichte im nördlichen Teil unseres Landkreises. Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg rechnete in Wien ursprünglich mit einem Gebietszuwachs an der Nordsee und war über die Zuweisung des

kleinen Gebietes im und am Rande des Hunsrücks derartig erbost, dass er auf den ihm zugestandenen Großherzog-Titel verzichtete und sich zunächst weigerte das kleine Gebiet fernab vom Stammland anzunehmen. Da aber keine Möglichkeit für einen Gebietstausch bestand, verblieb das Gebiet - unter dem Namen „Fürstentum Birkenfeld“ - im oldenburgischen Besitz. Regierungssitz und Residenzstadt wurde Birkenfeld.

Als Regierung fungierte ein aus fünf Juristen bestehendes Kollegium. Eine parlamentarische Vertretung der Einwohner existierte zunächst nicht. Erst nach 1848 wurde mit dem Provinzialrat eine parlamentarische Ebene geschaffen, die jedoch lediglich eine beratende Funktion hatte.

Die oldenburgische Verwaltung erwies sich in mancherlei Beziehung als modern und fortschrittlich, nicht hinsichtlich der Mitspracherechte, die der Bevölkerung gewährt wurden, aber im Sinne dessen, was der „Aufgeklärte Absolutismus“ an Verpflichtungen von einem Herrscher seinen Untertanen gegenüber verlangte. So war das Schulwesen in der Lehrer-/Schülerquote, den Lehrinhalten, der Lehrerbesoldung und dem Schulbesuch auf einem in den deutschen Ländern her-

ausragenden Stand. Die Infrastruktur wurde durch umfangreichen Straßenbau und gezielte Förderung der Land- und Forstwirtschaft, des Ackerbaus und der Viehzucht verbessert. Insbesondere der später von der Bevölkerung vertriebene Regierungspräsident Laurenz Martin Hannibal Christian Fischer tat sich hierbei hervor: er experimentierte mit neuen Anbaumethoden und -produkten und richtete dazu ein Versuchsgut ein, den nach ihm benannten Fischerhof. Dennoch führten die Folgen der Kleinen Eiszeit (1816: Jahr ohne Sommer) zu mehreren Missernten, wodurch sich der Druck zur Auswanderung aus dem Gebiet erheblich verstärkte.

Nicht 1830 / 32 wie in St. Wendel, sondern erst im März 1848 kam es im Fürstentum zu revolutionären Unruhen, deren Ursache zum einen in den reaktionären politischen Anschauungen und dem arroganten Auftreten des Regierungspräsidenten Fischer lag. Zum andern waren es gegensätzliche Strömungen in der Bevölkerung selbst, und zwar zwischen einer Oldenburg-patriotischen Gruppe in und um die Residenzstadt Birkenfeld und andererseits einer Gruppe im Raum Idar und Oberstein, die einen Anschluss an Preußen propagierte. Letztere wurde sowohl von Edelsteinhändlern und Fabrikanten

getragen, die an einem unbehinderten Handel interessiert waren, als auch von der proletarisierten Arbeiterschaft in diesen Betrieben. Wie bereits erwähnt, war das bleibende Ergebnis der 48er Revolution im Fürstentum Birkenfeld die Einrichtung eines Provinzialrates mit beratender Funktion.

Ich erlaube mir, meine Damen und Herren, den Part zur coburgischen Zeit in St. Wendel nur knapp anzusprechen, und zwar deshalb, weil im nächsten Monat im Rahmen des Rathausfestes eine spezielle Veranstaltung zu dieser Thematik ansteht. Der coburgische Herzog sah sein neues Territorium lediglich als persönliche Domäne an, die Ertrag abwerfen bzw. die er zu einem Höchstpreis zu veräußern trachtete, auch wenn er sie 1821 zum Fürstentum erhob und - weniger als halbherzig - einen sog. „Landrat“ als ständische Vertretung konzedierte. In St. Wendel aber waren die politisch-gesellschaftlichen Errungenschaften der Französischen Revolution und der Napoleonischen Zeit nicht vergessen, die die neue Verwaltung einzuschränken versuchte. Zudem führte die enge Umgrenzung des neu geschaffenen Territoriums zu beträchtlichen wirtschaftlichen Problemen. Die Konflikte gipfelten 1832 in einer sich über Monate hinziehenden Revolte

von Teilen der Stadtbevölkerung, die nur mit Hilfe des preußischen Militärs niedergeschlagen werden konnte. Der Coburger Herzog verkaufte daraufhin sein ungeliebtes St. Wendeler Territorium gegen eine Jahresrente von 80.000 Talern bzw. eine Abgeltungssumme von 2 Millionen Talern an den König von Preußen. Aus dem Fürstentum wurde ein Landkreis innerhalb des preußischen Regierungsbezirks Trier.

6. Der Übergang an Preußen

Tiefe „Abneigung“, ja „Haß“, wie Max Müller sagt, waren die Gefühle, die die städtische Bevölkerung der neuen Herrschaft entgegenbrachte. Zu oppositionellen Regungen scheint es aber in der Folge – anders als in coburgischer Zeit - kaum mehr gekommen zu sein. Offenbar trug der neue preußische Landrat Engelmann, der liberalem Gedankengut nicht ganz fernstand, das Seine dazu bei, um die politischen Spannungen im Lauf der Jahre zu entschärfen.

Gleichzeitig sind diese Jahre für wachsende Teile der Bevölkerung in und um St. Wendel eine Zeit sich weiter verschlechternder Lebensbedingungen, hervorgerufen insbesondere durch das – bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

einsetzende, seit Beginn des 19. Jahrhunderts sich steigernde – Bevölkerungswachstum. das sich in unserem Raum insbesondere mit den Hungerjahren 1816 / 17 und 1846 / 47 verbindet. Während der Revolution von 1848 / 49 wird sich der Kampf um die Subsistenzsicherung auch im St. Wendeler Land in Tumulten und spontanen Aktionen unterschiedlichster Art zeigen, so in kollektiven Holzfällaktionen, Zerstörung von verhassten Wegegeldbarrieren und Aufmärschen vor Bürgermeisterei-Verwaltungen (wie in Nonnweiler).

7. Die Revolution von 1848 / 49

7. 1. Zur Revolution von 1848 / 49 allgemein

Die erwähnte Revolution von 1848 / 49 nimmt wieder ihren Ausgang in Frankreich, wo Ende Februar 1848 der orléanistische König Ludwig Philipp gestürzt und die Republik ausgerufen wurde. Schon wenige Tage später, verstärkt ab Anfang März, griffen die Unruhen auf den Deutschen Bund über, auf Südwestdeutschland, auf Wien (wo Staatskanzler Metternich zurücktreten musste) und schließlich Berlin. Während Kleinbürger, Bauern und Arbeiter (letztere in Deutschland noch wenig zahlreich) regional sehr disparate soziale Forderungen

stellten, verlangte das Besitz- und Bildungsbürgertum nach politischer Mitbestimmung. Gemeinsam war beiden die Forderung nach Schaffung eines deutschen Nationalstaates. Die Fürsten wichen zunächst zurück, ernannten liberale „Märzminister“ und gestatteten die Wahl von verfassunggebenden Landesversammlungen (sofern noch nicht vorhanden wie in Österreich und Preußen) und die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung. Vorbereitet von einem sog. „Vorparlament“ wurde letztere – nach allgemeinem und gleichem, aber indirektem Wahlrecht aller erwachsenen Männer – Anfang Mai gewählt und trat am 18. Mai in Frankfurt zusammen. Fast alle Mitglieder gehörten dem gebildeten Bürgertum an. Parteien existierten noch nicht. Stattdessen kam man nach politischer Einstellung in verschiedenen Frankfurter Lokalen zusammen und ordnete sich in der Paulskirche, in der die Versammlung tagte, links als Republikaner, in der Mitte als Liberaler oder rechts als Konservativer ein. Der volkstümliche Erzherzog Johann v. Österreich wurde zum Reichsverweser gewählt, allerdings – wie die von ihm ernannte Regierung – von der europäischen Politik, aber auch von den deutschen Fürsten nicht beachtet. Die Versammlung erarbeitete eine

Verfassung, die die Grund- und Menschenrechte kodifizierte, ein föderalistisches Bundesverhältnis und eine konstitutionelle Monarchie als Staats- und Regierungsform vorsah. Eine der schwierigsten Fragen war die nach den Grenzen des neuen Staates. Die große Mehrheit der Abgeordneten ging zunächst davon aus, dass die deutschen Teile des österreichischen Vielvölkerstaates auch Teil des zu schaffenden Reiches sein sollten. Erst als der österreichische Ministerpräsident Fürst zu Schwarzenberg die Aufnahme des gesamten Habsburgerstaates in das neue Reich verlangte, siegte mit 290 gegen 248 Stimmen in der Paulskirchenversammlung die sog. kleindeutsche Richtung, die dem preußischen König die Kaiserwürde antrug. Inzwischen hatten sich die gegenrevolutionären Kräfte in Österreich und Preußen durchgesetzt. König Friedrich Wilhelm IV. lehnte die „mit dem Ludergeruch der Revolution behaftete Krone“ ab. Mit dieser Ablehnung war auch symbolisch die Arbeit der Frankfurter Paulskirchenversammlung (Vergleichbares gilt für die preußische verfassunggebende Versammlung) gescheitert. Daran änderten auch Volkserhebungen in den folgenden Monaten nichts mehr.

7.2. Die Revolution von 1848 / 49 in St. Wendel

Obwohl sich, wie bereits erwähnt, beträchtliche Teile der St. Wendeler Stadtbevölkerung in einem Zustand größter Verarmung befanden, blieb die politische Aktion (jedenfalls nach der Darstellung von Max Müller) in den Händen des besitzenden Bürgertums – das sich im Gegensatz zu den Jahrzehnten bis 1832, aber auch im Gegensatz zu anderen Saarstädten (wie Saarbrücken oder dem benachbarten Ottweiler) politisch nur verhalten äußerte und offenbar eher Befürchtungen vor einem Übergreifen der sozialen Unruhen aus dem Umland hatte. Die Gründung einer Bürgerwehr durch Stadtratsbeschluss am 6. 4. 1848 steht für diese defensive Haltung. Im gleichen Monat wurde ein Bürgerausschuss gebildet, der erste Vorbereitungen zur anstehenden Wahl zur Nationalversammlung in Frankfurt und zur verfassunggebenden Landesversammlung in Berlin traf und eine Art „Programm“ der St.Wendeler Bürgerschaft zusammenstellte. An der Spitze stand die Forderung nach der „Einheit Deutschlands“, eine Forderung, die sich an zentraler Stelle auch in den Programmen von Bürgergruppierungen anderer deutscher Städte findet und - für St. Wendel - zeigt, dass die Entwicklung eines

deutschen Nationalgefühls im Bürgertum der Stadt seinen Abschluss gefunden hatte. Andere Forderungen waren die nach „Schutz der Person und des Eigentums“, „Aufhebung aller auf Geburt, Rang und Stand ruhenden Vorrechte“, „Freies Associationsrecht“, „Völlige Preßfreiheit“, „Allgemeine deutsche Volkswehr“, „Unabhängigkeit der Kirche vom Staate“ – typisch liberale Forderungen, z. T. im linksrheinischen Gebiet längst Wirklichkeit, aber noch nicht verbindlich kodifiziert. Die einzige über den bürgerlichen Rahmen hinausweisende soziale Forderung war die nach der „Sorge für das körperliche und geistige Wohl der arbeitenden Klassen, Förderung desselben durch eine eigene Behörde des Staates“.

Bei den Wahlen zum Abgeordneten des Landkreises für die verfassunggebende Versammlung in Berlin und zum Abgeordneten der Landkreise Ottweiler, St. Wendel und der Bürgermeistereien Lebach, Bettingen und Otzenhausen für das Paulskirchenparlament in Frankfurt setzte sich beidemal Karl Philipp Cetto durch, Sohn des erwähnten Maire und Oberbürgermeisters, der bereits dem sog. Frankfurter Vorparlament angehört hatte. Cetto nahm das Frankfurter Mandat an unter Verzicht auf das Berliner Mandat, das an Appellations-

gerichtsrat Weißgerber ging, einen St. Wendeler, der in Köln lebte und beruflich tätig war.

Karl Philipp Cetto hatte zeitweilig an der Universität Heidelberg Rechtswissenschaften studiert und lebte in Trier und St. Wendel als Guts- und Bergwerksbesitzer, Kaufmann und Mitinhaber eines Bankhauses. 1832 gehörte er zu den Teilnehmern des Hambacher Festes, weswegen er sich im folgenden Jahr vor Gericht verantworten musste. 1837 wurde er zum Mitglied des Rheinischen Landtags gewählt (dem er vier Jahre angehörte), 1848, wie erwähnt, zum Mitglied des sog. Frankfurter Vorparlaments und dann zur Frankfurter Nationalversammlung selbst. Cetto zählte dort zu den herausragenden Rednern und Wortführern des sog. linken Zentrums, das sich im „Württembergischer Hof“ organisierte und für eine parlamentarische Monarchie unter Führung Österreichs (die sog. großdeutsche Lösung) eintrat. Als sich die großdeutsche Lösung mit der Forderung Schwarzenbergs als undurchführbar erwies, schloss sich Cetto, wie andere großdeutsch eingestellte Abgeordnete auch, der Wahl des preußischen Königs zum Reichsoberhaupt an. Cetto gehörte am 3. 4. 1849 zur Delega-

tion der Paulskirchenversammlung, die Friedrich Wilhelm die Kaiserkrone anbot.

In Preußen hatte Friedrich Wilhelm IV. bereits am 5. 12. 1848 die verfassunggebende Versammlung aufgelöst und dem preußischen Staat eine Verfassung „von oben“, die sog. oktroyierte Verfassung“ gegeben, die Preußen – in Ansätzen - zu einer konstitutionellen Monarchie umwandelte. Cetto war von 1849 bis 1852 und dann von 1861 bis 1867 Mitglied in der Zweiter Kammer bzw. im Abgeordnetenhaus. 1861 gehörte er zu den Mitbegründern der Deutschen Fortschrittspartei, deren Vertreter im preußischen Abgeordnetenhaus die Politik Bismarcks heftig bekämpften, auch im Zusammenhang mit dem Deutschen Krieg 1866. In diesem Krieg ging es um die seit über einem Jahrhundert zwischen Österreich und Preußen strittige Frage der Führungsrolle in Deutschland und ebenso um die nach 1848 / 49 noch offenen Frage der künftigen Ausgestaltung eines - möglicherweise zu schaffenden - deutschen Bundesstaates. Die militärische Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Bund unter Leitung Österreichs einerseits und dem Königreich Preußen andererseits führte zu einem Krieg innerhalb Deutschlands, bei dem fast

alle deutschen Mittelstaaten, wie Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Sachsen, Hannover auf der Seite Österreichs standen. Bekanntlich aber gelang es Preußen in der Schlacht von Königgrätz gegen die Österreicher und Sachsen die Kriegsentscheidung zu seinen Gunsten herbeizuführen. Österreich musste - mit Auflösung des „Deutschen Bundes“ - aus dem deutschen Staatsverband ausscheiden, Preußen annectierte alle gegnerischen Staaten nördlich des Mains (mit Ausnahme Sachsens) und zwang die übrigen in den sog. „Norddeutschen Bund“, den Vorläufer des kleindeutschen Reiches von 1871. Die Bürgerschaft der Stadt St. Wendel nahm in diesem Konflikt, wie Max Müller herausstellt „entschieden Partei für Österreich“, wie nicht anders zu erwarten, war doch Österreich Garant eines katholischen und föderalen Deutschlands. Auch Cetto ergriff entsprechend Partei. Er gehörte zu den Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses, die gegen den von Bismarck provozierten Krieg Protest einlegten, wenn auch aus anderem Grund als die Mehrheit der St. Wendeler Stadtbevölkerung. Es war seine liberale Einstellung, die nicht mit der Bismarckschen Verfassungspolitik in Übereinstimmung zu bringen war. Allerdings, und da traf er

sich auch mit vielen anderen preußischen und St. Wendeler Liberalen: Preußens und damit Bismarcks Sieg 1866 machte ihn zu einem Anhänger der kleindeutschen Reichseinigung. Schon im gleichen Jahr trat er der neu gegründeten National-liberalen Partei bei.

Das Scheitern der Revolution von 1848 / 49, aber mehr noch die sich verschärfende soziale Krise hatte in St. Wendel wie andernorts eine Auswanderungswelle zur Folge, worauf Roland Geiger in seinem Vortrag vor zwei Wochen hingewiesen hat.

8. Die innere Entwicklung

St. Wendel erlebte, zumal in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vielfältige Veränderungen, allerdings nicht in dem Maße wie saarländische Industrieorte bzw. -städte. 1860 wurden die beiden Vororte Alsfassen und Breiten eingemeindet. Die Einwohnerzahl verdoppelte sich in den nächsten 45 Jahren von 3188 auf 6227 Einwohner. Das Weichbild der Stadt dehnte sich rund um den alten Mauerring aus – in die Bahnhofstraße und das Umfeld des Bahnhofs, in die heutige Beethovenstraße und Gymnasialstraße, in die Ostertalstraße,

in die Brühlstraße, in die Kelsweilerstraße. Kurz vor dem 1. Weltkrieg wurde als „Durchstich“, um die Innenstadt vom Verkehr zu entlasten, die Wendalinusstraße angelegt.

Die Ausstattung der Bevölkerung mit Wohnraum war – entsprechend der Zugehörigkeit zur sozialen Schicht – sehr unterschiedlich.

Aufs engste verknüpft mit dem Anstieg der Einwohnerzahl und der Ausdehnung des Weichbildes ist die wirtschaftliche Entwicklung. 1860 wurde die Stadt an die Rhein-Nahe-Bahn angeschlossen; weit unproblematischer als zuvor konnten nun Arbeiter die Bergwerke rund um Neunkirchen erreichen. In St. Wendel selbst wurde das im gleichen Jahr errichtete Eisenbahnausbesserungswerk zum wichtigsten Arbeitgeber, gefolgt von den Tabakfabriken und Ziegeleien. Im Bereich des Handwerks spielten noch immer die Gerbereien eine gewisse Rolle. Ebenso war weiterhin landwirtschaftliche Tätigkeit in der Stadt verbreitet. Versorgung mit und Absatz von Lebensmitteln erfolgte in erster Linie über die regelmäßigen Märkte. Technische Neuerungen hielten Einzug: 1884 der Anschluss der Einzelhäuser an das Wasserleitungsnetz, 1889 die Einrichtung einer Gasanstalt (die meisten Häuser wurden allerdings

weiterhin durch Kohlen-, Holz-, - Gerbereiabfälle beheizt), 1901 die Einführung des Fernsprechverkehrs (mit 100 Fernsprechteilnehmern und 23 öffentlichen Sprechstellen im Jahre 1910). Ab 1909 begann die Verlegung eines Elektrizitätsnetzes, 1900 wurde ein zentraler Schlachthof errichtet. Schon vor dem 1. Weltkrieg waren im Gesellenhaus unter dem Namen „Helios-Kino“ Filme zu sehen.

1908 gab es in der Stadt drei Personenkraftwagen. In der Folge stieg der Automobilverkehr, u. a. wurde ein Taxiverkehr eingerichtet, aber am Vorabend des 1. Weltkriegs war der Kraftfahrzeugbestand noch immer sehr gering. Als Nahverkehrsmittel spielte die Postkutsche (etwa auf der Strecke nach Tholey) weiterhin eine gewisse Rolle.

Seit 1836 erschien eine national-liberale Zeitung, die sich später „Nahe-Blies-Zeitung“ nannte und von der Kreisverwaltung unterstützt wurde (bzw. von ihr abhängig war), seit 1879 / 80 das katholische „St. Wendeler Volksblatt“. Außerdem wurden im Bürgertum (wohl) überörtliche Blätter gelesen wie die nationalliberale „Saarbrücker Zeitung“.

Die Verwaltung der Stadt erfolgte durch die Stadtverordnetenversammlung (Stadtrat) - 18 Mitglieder umfassend -, und

durch den Bürgermeister mit seinem Verwaltungsapparat. Da der Stadtrat in preußischer Zeit nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurde, kam dem besitzenden Bürgertum, zumal bis zur Kulturkampfzeit, das entscheidende politische Gewicht zu. Parteien spielten im Rahmen der Stadtratspolitik nur eine zweitrangige Rolle, verfügten auch in St. Wendel - wie andernorts - noch nicht über wahlkampfabhängige organisatorische Strukturen. Bei Reichstagswahlen, die nach dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht durchgeführt wurden, standen die Katholiken in ihrer großen Mehrheit hinter der Zentrumsparterie (die ihre Mitglieder durch sog. „Vertrauensleute“ mobilisierte), während die Protestanten und Juden zum größeren Teil die Nationalliberalen unterstützten. Die Sozialdemokratie spielte in St. Wendel vor 1914 noch keine Rolle.

1893 konnte der Stadtrat zum ersten Mal den Bürgermeister selbst wählen (der allerdings weiterhin der Bestätigung durch den Regierungspräsidenten bedurfte). Seitdem waren das Amt und die Funktion der beiden Beigeordneten in der Hand von Zentrumsanhängern.

Bereits 1825 hatte die coburgische Verwaltung eine selbständige protestantische Pfarrei errichtet. 1845 wurde die eigene Pfarrkirche fertig gestellt, bald ergänzt durch ein Pfarrhaus, eine evangelische Volksschule und ein kleines Krankenhaus (in dem allerdings kein Arzt tätig war, sondern Diakonissen die Pflege oblag). 1910 waren etwa 12,5 Prozent der St. Wendeler Bevölkerung protestantischen Bekenntnisses.

Juden, schon lange auf St. Wendeler Märkten vertreten, im Umland schon im 18. Jahrhundert sesshaft, ließen sich in der Stadt erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nieder und machten vor dem 1. Weltkrieg etwa 2 Prozent der St. Wendeler Bevölkerung aus. Sie waren in Erscheinungsbild und Verhalten weitgehend in die christliche Gesellschaft integriert. Nachdem schon zuvor ein jüdischer Friedhof in Urweiler geschaffen und ein Betsaal eröffnet worden war, wurde 1902 eine repräsentative Synagoge in der Kelsweilerstraße errichtet – die dem Novemberpogrom von 1938 zum Opfer fiel. Vor 1914 ist in St. Wendel kein organisierter Antisemitismus feststellbar. Rechtlich seit 1869 Staatsbürger wie Protestanten und Katholiken, wurden sie jedoch weiterhin in Tei-

len des staatlichen Lebens (besonders beim Militär) diskriminiert.

Die Stadt erweiterte und modernisierte das von Ordensschwestern getragene Hospital und eröffnete 1883 das ebenfalls von Ordensschwestern getragene Marienkrankenhaus.

In St. Wendel bestanden 1914 fünf Volksschulen, eine landwirtschaftliche Winterschule, eine Gewerbeschule und das seit 1824 - mit Unterbrechungen bestehende - Lyzeum bzw. Gymnasium. Dieses konnte 1910 erstmals Abiturprüfungen durchführen. Für die Mädchen hatte die Stadt die Stadt 1902 eine höhere Töchterschule eingerichtet, die Schulverwaltung der Rheinprovinz 1911 für künftige katholische Volksschullehrer ein Lehrerseminar. 1898 bezogen die ersten Zöglinge die Missionshausschule.

9. Fazit

Lediglich ausgewählte Aspekte zum Raum St. Wendel im „langen 19. Jahrhundert“ habe ich Ihnen vorstellen können, meine Damen und Herren. Sie bedürfen der Ergänzung, von meiner, von Ihrer Seite. Dazu kann und sollte die Aussprache jetzt dienen.